

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 56. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. Juli 2009, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Jutta Scheicht (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Martin Kayenburg (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung - Europabericht 2009	4
Drucksache 16/2616 (überwiesen am 6. Mai 2009 an den Europaausschuss zur abschließenden Beratung) Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Arbeit, Justiz und Europa	
2. Kooperation mit Kaliningrad	7
Drucksache 16/2517 (überwiesen am 27. März 2009 zur abschließenden Beratung) Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Arbeit, Justiz und Europa	
3. Parlamentspartnerschaft mit Kaliningrad	9
4. FUEV-Kongress vom 29. September bis 2. Oktober 2009	10
hierzu: Drucksache 16/2709 sowie Umdruck 16/4399	
5. Vorbereitung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 31. August bis 1. September 2009 in Nyborg (Dänemark)	11
hierzu: Umdruck 16/4433	
6. Nachbereitung des Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 5. bis 7. Juli 2009 in Schwerin	13
Berichterstatterin: Abg. Astrid Höfs	
7. Soziales Europa	14
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 16/2611 (überwiesen am 8. Mai 2009 an den Europaausschuss und den Sozialausschuss)	
8. Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung des Europaausschusses mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft am 23. September 2009	15
9. Verschiedenes	16

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung - Europabericht 2009

Drucksache 16/2616

(überwiesen am 6. Mai 2009 an den Europaausschuss zur abschließenden Beratung)

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Arbeit, Justiz und Europa

Zu der abgelaufenen Wahl zum Europäischen Parlament betont M Döring, dass die Wahlbeteiligung nicht zufriedenstellen könne. Ein Problem sei seiner Einschätzung nach gewesen, dass es in der Vergangenheit nicht gelungen sei, die Europapolitik als Teil der Fachpolitiken darzustellen. Hinzu komme, dass es durch das Fehlen einer Opposition keine Konflikt- oder Mobilisierungsthemen gebe, wie das in anderen Parlamenten der Fall sei. Wichtig sei, auch in Schleswig-Holstein deutlich zu machen, was die Auswirkungen europäischer Politik auf die Landespolitik seien.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum EU-Reformvertrag. Dadurch sei deutlich geworden, dass die EU ein Staatenverbund und kein Bundesstaat sei. Wichtig an diesem Urteil sei, dass Karlsruhe gesagt habe, dass der Vertrag von Lissabon verfassungskonform sei. Es gehe jetzt um das Begleitgesetz. Wesentlich sei seiner Einschätzung nach, nicht den Reformvertrag an sich neu zu diskutieren.

Abg. Spoorendonk regt an, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts konkret in seinen Auswirkungen für Schleswig-Holstein zu diskutieren. Sie schlägt darüber hinaus vor, dass sich der Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags von den Europaabgeordneten Schleswig-Holsteins Bericht erstatten lassen solle über deren Arbeit im Europäischen Parlament. Wichtig sei auch, den Bürgern Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie sich politisch beteiligen könnten.

Abg. Ritzek und Abg Fischer schlagen vor, die Presse stärker für europapolitische Themen zu begeistern, um auf diesem Wege den Bürgern die Bedeutung der Europapolitik für Schleswig-Holstein zu zeigen.

Abg. Höfs weist auf das Angebot des neuen Landtagsdirektors, Dr. Schliesky, hin, im Europausschuss die Bedeutung und Auswirkungen des Urteils aus Karlsruhe zu diskutieren.

Abg. Ritzek regt an, dass sich die Europaschulen stärker mit ihren jeweiligen Projekten in der lokalen Presse vorstellen sollten. Er plädiert zudem dafür, dass Schleswig-Holstein Kernkompetenzen entwickeln solle, die es zum Beispiel beim Parlamentsforum Südliche Ostsee offensiv vertreten könne. Wichtig sei, konkrete Inhalte voranzubringen. In diesem Zusammenhang solle die Ostsee auch weiterhin als maritime Modellregion weiterentwickelt werden. Im Hinblick auf den von Brüssel angestrebten Bürokratieabbau stellt Abg. Ritzek die Frage in den Raum, warum bisher so viel Geld für Bürokratie verschwendet worden sei.

M Döring führt dazu aus, dass die Einrichtung bürokratischer Strukturen von allen Mitgliedstaaten gemeinsam beschlossen worden sei. Zudem spiegelten sich in bestimmten Vorschriften Interessen einzelner Gruppen wieder, die gegen die Abschaffung dieser Vorschriften auch Lobbyarbeit betrieben.

Zu der Anmerkung zum Parlamentsforum Südliche Ostsee betont M Döring, er sei sehr roh, dass man schleswig-holsteinische Ideen beim Parlamentsforum Südliche Ostsee aufgegriffen habe, zum Beispiel Clean Baltic Shipping. In der Entwicklung von Spezialschiffen sehe er großes Potenzial für deutsche Werften. Auch vor dem Hintergrund des Problems des Klimawandels werde man nicht umhin kommen, neue Antriebe, zum Beispiel ein „Green Ship“ zu entwickeln. Dafür seien schleswig-holsteinische Werften gut aufgestellt. M Döring betont, es sei wichtig, Europapolitik an konkreten Themen erfahrbar zu machen, zum Beispiel am Schiffbau.

LP Kayenburg weist ergänzend darauf hin, dass sich die Landtagspräsidenten mit der Europafähigkeit der Parlamente befasst hätten. Ein kurzer Überblick zu den Ergebnissen werde den Parlamenten zur Verfügung gestellt. Herr Straub, der Vorsitzende der Landtagspräsidentenkonferenz, habe angekündigt, das Thema zu einem Schwerpunktthema seiner Präsidentschaft zu machen. Aus dem Saarland sei darüber hinaus der Vorschlag gekommen, dass sich die Europareferenten der Landesparlamente treffen sollten, um über Möglichkeiten zu sprechen, wirkungsvoll in Brüssel vertreten zu sein. Darüber hinaus sei zugesagt worden, dass Herr Straub in einem Gespräch mit den neu gewählten Präsidenten des Europäischen Parlaments darauf hinwirken werde, dass die Landesparlamente in die EntschlieÙung „Entwicklung der

Beziehung zum Europäischen Parlament und den Nationalparlamenten im Rahmen des Vertrages von Lissabon“ mit aufzunehmen.

Der Europaausschuss nimmt den Europabericht 2009, Drucksache 16/2610, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Kooperation mit Kaliningrad

Drucksache 16/2517

(überwiesen am 27. März 2009 zur abschließenden Beratung)

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Arbeit, Justiz und Europa

M Döring stellt die zentralen Punkte der Kooperation mit Kaliningrad vor. Dies seien die Zusammenarbeit in Bildung, Landwirtschaft, Kultur sowie polizeiliche Zusammenarbeit, die auch künftig von Bedeutung seien. Auch die universitäre Kooperation spiele eine wichtige Rolle. Im Agrarbereich gebe es jedoch nach wie vor große Schwierigkeiten. Im Rahmen der städtischen Zusammenarbeit sei ein Runder Tisch für berufliche Bildung und Ausbildung ins Leben gerufen worden. Da gebe es eine gute Kooperation, allerdings sei bei einigen Schulen auch Hilfe dringend nötig. Schwierig sei, dass bei konkreter Projektarbeit in Kaliningrad wenig Erfahrung existiere. Die fehlende durchgehende Planung mache eine Kooperation sehr schwierig. Unerlässlich sei, auch die realen, vor Ort herrschenden Bedingungen zu berücksichtigen, die sich von den Bedingungen in Schleswig-Holstein deutlich unterschieden.

Als einen weiteren Punkt der Kooperation mit Kaliningrad nennt M Döring das Hansebüro, das von existenzieller Bedeutung sei. Er weist darauf hin, dass der Trägerverein mittelfristig sein Engagement einstellen werde, er plädiert jedoch dafür, das Büro zu erhalten.

Die Wirtschaftspräsentation Kaliningrad 2007 sei gut angekommen, begonnene Zusammenarbeiten hätten sich jedoch nicht verstetigen lassen. Das hänge unter anderem mit Problemen mit der Überweisung von Geldern nach Kaliningrad und anderen Schwierigkeiten zusammen. Ein Hindernis für die wirtschaftliche und besonders touristische Entwicklung seien die Visa-Beschränkungen.

Problematisch sei - so führt M Döring weiter aus - auch die auf Kaliningrad durchschlagende Wirtschaftskrise, die für Arbeitslosigkeit und Rückstände bei den Lohnzahlungen sowie für Kurzarbeit Sorge. Einbrüche seien auch im Transportwesen und in der Bauwirtschaft zu verzeichnen. Für die Zukunft seien einige gegenseitige Besuche von Delegationen aus Schleswig-Holstein beziehungsweise Kaliningrad beim Partner in der jeweiligen Partnerregion geplant. Interessant sei die Initiative, Kaliningrad versuchsweise zur visumsfreien Zone zu erklären, was allerdings schwierig und langwierig werden könne. Als Fazit zieht er, dass die

Partnerschaft in den Schwerpunktbereichen als gut entwickelt bezeichnet werden könne, Einschränkungen gebe es durch die genannten Probleme. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit sei nur sehr eingeschränkt vorhanden, die Situation werde auch durch die Krise verstärkt. Die Partnerschaft solle auch durch Besuche auf der politischen Ebene weiter verstärkt werden.

Abg. Ritzek bedauert, dass der Tagesordnungspunkt im Plenum zur Kooperation mit Kaliningrad ohne Aussprache behandelt worden sei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht Kooperation mit Kaliningrad, Drucksache 16/2517, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Parlamentpartnerschaft mit Kaliningrad

LP Kayenburg betont, dass die Parlamentpartnerschaft auf einem guten Weg sei. Man habe auch für die Zukunft weitere gegenseitige Besuche geplant. Für die zweite Jahreshälfte sei der Besuch einer Delegation aus Kaliningrad in Schleswig-Holstein vorgesehen. Eine bei dem Besuch stattfindende Begleitung durch die Exekutive sei ebenfalls gewünscht worden.

Abg. Spoorendonk weist darauf hin, dass auch konzeptionelle Überlegungen bei der Gestaltung von Parlamentpartnerschaften eine Rolle spielen sollten. Sie regt an, zu Beginn der kommenden Legislaturperiode zu überlegen, was verstärkt in Angriff zu nehmen sei. Sie spricht sich auch für eine stärkere Beteiligung der Parlamentsausschüsse aus.

LP Kayenburg regt an, Herrn Dr. Gehrman zu diesem Punkt in einer der nächsten Europaausschusssitzungen zu hören. Darüber hinaus merkt er an, dass Projektunterstützung eine exekutive und keine parlamentarische Aufgabe sei. Er schlägt vor, dass sich die Ausschüsse über ihre jeweiligen Aktivitäten im Zusammenhang mit Kaliningrad gegenseitig berichten sollten. Er warnt davor, bei den Partnern in Kaliningrad zu sehr den Eindruck zu erwecken, man wolle eine Zivilgesellschaft aufbauen. Das könne Befindlichkeiten wecken.

Abg. Hamerich weist darauf hin, dass sich im Bereich der Landwirtschaft die Situation in Kaliningrad deutlich von der Situation in Schleswig-Holstein unterscheide. Das Interesse der anderen Seite sei aber sehr groß. Er verweist auf den Bericht, der im Bauernblatt über die Reise der Mittel des Agrarausschusses nach Kaliningrad erschienen sei.

Punkt 4 der Tagesordnung:

FUEV-Kongress vom 29. September bis 2. Oktober 2009

hierzu: Drucksache 16/2709 sowie Umdruck 16/4399

Zum FUEV-Kongress vom 29. September bis 2. Oktober 2009 führt LP Kayenburg aus, dass der Fokus dieses Kongresses nicht so sehr auf den in Schleswig-Holstein relevanten Minderheiten liege. Dennoch befürwortet er den Gedanken, die Unterstützung aufrechtzuerhalten. Sinnvoll sei seiner Ansicht nach auch die Teilnahme einer kleinen Delegation aus Schleswig-Holstein an dem Kongress. - Abg. Spoorendonk begrüßt den Vorschlag, die Arbeit zu unterstützen. Dies sei auch ein Zeichen, dass die Arbeit der FUEV gewürdigt werde. Zudem gebe es auch Bezüge zur Minderheitenregelung im Grenzland.

Auch Abg. Dr. Klug und Abg. Fischer unterstützen den Vorschlag. - Abg. Fischer unterstützt auch die Idee, eine Delegation zum Kongress zu schicken und regt an, sich im kommenden Jahr häufiger über die Arbeit der FUEV berichten zu lassen.

LP Kayenburg regt an, auch direkten Kontakt zu Vertretern einzelner Minderheiten zu suchen. - Abg. Ritzek und Abg. Spoorendonk bekunden ihr Interesse, an dem Kongress an einem Tag teilzunehmen. Abg. Spoorendonk betont zudem, dass Minderheitenpolitik auch eine nationale Aufgabe sei.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, eine Delegation zum Kongress zu entsenden und dem Landtagspräsidenten vorzuschlagen, sich an den Kongress mit einem Betrag von 5.000 € zu beteiligen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Vorbereitung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 31. August bis
1. September 2009 in Nyborg (Dänemark)**

hierzu: Umdruck 16/4433

LP Kayenburg gibt eine kurze Einführung über die vorgesehenen Termine. Mit dem stellvertretenden Direktor des Landestags Mecklenburg-Vorpommern Bodo Bahr habe er besprochen, dass voraussichtlich am Sonntagabend in Nyborg selbst ein internes Gespräch stattfinden werde, das von Herrn Bahr vorbereitet werde.

Abg. Spoorendonk betont, ihrer Ansicht nach sei es wichtig, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landtag weiterhin aktiv in die Ostseeparlamentarierkonferenz einbringe. Sie sehe die Gefahr, dass man an Renommee verliere, weil man zu wenig Profil zeige. Sie regt an, dass dem Europaausschuss über die Arbeit des Standing Committee der BSPC Bericht erstattet werden solle, möglicherweise auch in schriftlicher Form.

Im Hinblick auf die von Abg. Spoorendonk angesprochene Veränderung der Bedeutung Schleswig-Holsteins in der Ostseeparlamentarierkonferenz führt LP Kayenburg aus, dass man die Entwicklung des Gremiums berücksichtigen müsse. So habe sich die Position der Länder unter anderem dadurch gewandelt, dass nun auch der Bund im Standing Committee vertreten sei. Darüber hinaus gebe es eine Tendenz der skandinavischen Länder, die Zusammenarbeit eher auf nationalstaatlicher Ebene zu suchen. Die Position Schleswig-Holsteins, die der ehemalige Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtags Herr Dr. Schöning im Extended Standing Committee vertreten habe, sei gewesen, dass eines der deutschen Bundesländer neben dem Bundestag Sitz und Stimme behalten solle. Dieses Thema solle in Nyborg besprochen werden. Dass sich die Bedeutung Schleswig-Holstein im Bereich der Ostseeanrainerstaaten seit dem Fall des Eisernen Vorhangs gewandelt habe, werde unter anderem auch an der tendenziell geringeren Beteiligung von Vertretern skandinavischer Länder am Kieler-Wochen-Gespräch deutlich.

Die Anregung von Abg. Dr. Klug, sich vor der Veranstaltung noch mal ein Briefing durch Fachleute des Innenministeriums geben zu lassen, beantwortet LP Kayenburg dahin gehend, dass dies sinnvoll sei, besonders im Hinblick auf die Themen Bedrohung der Sicherheit durch grenzüberschreitende Kriminalität.

Abg. Spoorendonk betont, dass die Frage, was vonseiten Schleswig-Holsteins mit der Ostsee-Kooperation bezweckt werden solle, unabhängig von den bestehenden Strukturen beantwortet werden müsse. Ihrer Überzeugung nach könne man vieles bewirken, indem man Präsenz zeige. Analog müsse man sich auch die Frage stellen, welchem Zweck das Kieler-Woche-Gespräch in Zukunft dienen solle. Auch hier gibt sie zu bedenken, dass man mit einer großen Präsenz eine Aufwertung bewirken könne.

LP Kayenburg betont, dass am Kieler-Woche-Gespräch festgehalten werden solle, man bemühe sich um ein Format, das wieder mehr Teilnehmer anziehen könne. Er wirft zudem die Frage nach dem Selbstverständnis des Ausschusses auf. In anderen Bundesländern seien Europaausschüsse anders strukturiert. Denkbar sei, bei bestimmten inhaltlichen Themen auch Fachpolitiker anderer Ausschüsse hinzuzuziehen, um die parlamentarische Kompetenz optimal zu nutzen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Nachbereitung des Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 5. bis 7. Juli 2009 in Schwerin

Berichterstatterin: Abg. Astrid Höfs

Die Vorsitzende berichtet über eine spannende Diskussion und einen guten Verlauf des Parlamentsforums. Sie weist aber darauf hin, dass in zukünftigen Parlamentsforen sichergestellt sein müsse, dass die Resolution gut vorbereitet werde, um lange Diskussionen in der Redaktionskonferenz zu vermeiden. Auch das Jugendprojekt, das einen Film über die eigene Arbeit erstellt habe, sei gut angenommen worden und habe interessante Ergebnisse geliefert.

Abg. Klug merkt an, dass es in seinem Workshop, in dem es um Tourismus gegangen sei, sehr große Unterschiede zwischen einzelnen Regionen beziehungsweise Teilnehmern gegeben habe, zum Beispiel im Hinblick auf die Professionalität. Er wirft die Frage auf, ob es eine Möglichkeit gebe, stärker das verbindende Element der Ostsee zu betonen.

Abg. Spoorendonk regt an, die dänische Region Seeland und die Insel Bornholm in die Arbeit des Parlamentsforums Südliche Ostsee einzubeziehen, dies sei durch die geografische Nähe naheliegend.

LP Kayenburg unterstützt die von Abg. Spoorendonk eingebrachte Idee. Die Möglichkeit der Schaffung einer gemeinsamen Dachmarke für die Region südliche Ostsee sieht er aufgrund der beteiligten Akteure kritisch. - Er spricht sich ebenfalls dafür aus, die Resolutionen so vorzubereiten, dass nicht im letzten Moment noch Änderungen vorgenommen würden, wie das häufiger von polnischer Seite vorgekommen sei.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass das nächste Vorbereitungstreffen wahrscheinlich in der Woiwodschaft Ermland-Masuren im Frühjahr 2010 stattfinden werde.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Soziales Europa

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 16/2611

(überwiesen am 8. Mai 2009 an den **Europaausschuss** und den Sozialaus-
schuss)

Abg. Müller schlägt vor, zu diesem Thema eine mündliche Anhörung durchzuführen. Der Ausschuss beschließt, so zu verfahren.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung des Europaausschusses mit dem
Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft am
23. September 2009**

Der Ausschuss erörtert Details der geplanten gemeinsamen Sitzung.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Höfs weist auf die von der Europaunion durchgeführte Bürgeranhörung hin, deren Ergebnisse in einer Veranstaltung präsentiert werden sollten. Der Termin für eine Veranstaltung wird zunächst auf den 22. September 2009 gelegt.

M Döring weist darauf hin, dass es Terminverschiebungen bei der Ostseestrategie gebe. Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft habe sich des Themas schneller angenommen als erwartet, sodass der Konsultationsprozess bereits im Juli beendet und im Oktober eine Entscheidung getroffen werden solle. Das habe zu terminlichen Problemen in der Bundesratsberatung geführt, man habe jetzt einen Plenarantrag gemeinsam mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern gestellt. - Auf Bitten von Abg. Spoorendonk sagt die Landesregierung zu, darzustellen, wie Schleswig-Holstein in die Umsetzung der Ostseestrategie eingebunden sei.

M Döring führt aus, dass sich das Land Schleswig-Holstein bemüht habe, über einzelne Gremien die Themen zu positionieren, zum Beispiel über die BSSSC oder die UBC. Diese Strategie sei weitgehend aufgegangen. Zudem habe man sich bemüht, den Bundesrat mit dem Thema zu befassen, um dem Anliegen mehr Gewicht zu verleihen.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 12:55 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer